



Neudruck

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand
und Handwerk**

76. Sitzung (öffentlich)

2. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Amerika, Ahaus, Jülich: 152 Castoren brauchen ein Lager, wo sie sind
– abschieben ist keine Lösung** **5**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12105

Zuziehung von Sachverständigen

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz
2017)** **29**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4207 (Erläuterungsband)

Vorlage 16/4314

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 025, Titelgruppe 70

Vorlage 16/4392

3 Die Energiewende braucht Bürgerenergie – Ausschreibungen verhindern Bürgerenergie **35**

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/11415

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/11492

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/11503

Ausschussprotokoll 16/1366

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/11415 mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss den Entschließungsantrag Drucksache 16/11492 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Ferner lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag Drucksache 16/11503 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN ab.

4 Kulturelle Vielfalt als wirtschaftlichen Erfolgsfaktor nutzen **38**

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/11427

Ausschussprotokoll 16/1318

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 16/11427 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltungen von CDU, FDP und PIRATEN zu.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz) 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12944

In Verbindung mit:

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12987

In Verbindung mit:

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern in Lande Nordrhein-Westfalen (IHKG) 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13035

Der Ausschuss kommt überein, das Verfahren zu Tagesordnungspunkt 5 in der Obleserunde zu besprechen und die Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 bereits heute durchzuführen.

Der Ausschuss nimmt sodann den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12987 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN an.

Ferner nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13035 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP bei Gegenstimmen der PIRATEN und bei Enthaltung der CDU an.

8 Digitalisierung als Chance für mehr Demokratie in der Energiewende 42

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13032

Der Ausschuss kommt überein, das Votum des mitberatenden
Umweltausschusses abzuwarten und das Thema danach
wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

**9 Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Spielbankensektors
forcieren und das staatliche Glücksspielwesen auf den Prüfstand
stellen – Streit im Landeskabinett darf die ergebnisoffene Prüfung aller
Optionen nicht länger torpedieren 43**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11902

Ausschussprotokoll 16/1400 (Neudruck)

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/11902 ohne
Aussprache mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen
die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN
ab.

10 Fördermittelvergabe 44

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4393

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung dieses Antrags
in seiner nächsten Sitzung vorzunehmen.

11 Verschiedenes 45

Eine Aussprache hierzu ergibt sich nicht.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4207 (Erläuterungsband)

Vorlage 16/4314
hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 025, Titelgruppe 70

Vorlage 16/4392

Hendrik Wüst (CDU) erinnert an die Ausführungen des Ministers zur Einbringung des Haushalts, beim Nullwachstum und beim Platz 16 des Wirtschaftswachstums des vergangenen Jahres handele es sich um eine Schwächeperiode. Der Minister habe versucht, das mit Verweis auf die beiden Quartalsberichte und die besseren Zahlen zu begründen. Er habe ausgeführt, in NRW habe die Dynamik zugenommen und der Kurs stimme.

Diese Schwächeperiode dauere nun seit dem Frühjahr 2010 an. Von 2005 bis Frühjahr 2010 habe das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen um 13 % über dem Bundesdurchschnitt gelegen. Vom Frühjahr 2010 bis Ende 2015, bis zur Feststellung des Nullwachstums, habe es fast 40 % unter dem Bundesschnitt gelegen.

Der Minister habe einen erfreulichen Beschäftigungsboom erwähnt. In Nordrhein-Westfalen sei die Arbeitslosigkeit seit 2010 um 7,8 % zurückgegangen. Das gebe Anlass zu Freude, falle jedoch verglichen mit dem bundesweiten durchschnittlichen Rückgang in Höhe von 20 % eher gering aus. Hätte es bei den Beschäftigungszahlen einen solchen Aufwuchs gegeben, hätte es in Nordrhein-Westfalen 100.000 Arbeitslose weniger gegeben.

Im Landeswirtschaftsbericht werde beschrieben, das Volumen des Dienstleistungssektors nehme zu. Dort würden anders als in der Industrie jedoch in der Regel keine Gehälter gezahlt, die ein auskömmliches und gutes Leben ermöglichen. Angeführt werde, Grundstoffindustrie und Metallerzeugung seien überproportional vertreten und würden gerade Schwächen zeigen. Nach den Ausführungen des RWI in Stellungnahme 16/4113 stelle die schwache Wirtschaftsleistung nicht Ausdruck einer Sonderkonjunktur oder einer besonderen Zusammensetzung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen dar, sondern beruhe auf strukturellen Problemen, die auf politische Entscheidungen zurückzuführen seien.

Unternehmer nrw stelle zu den industriepolitischen Leitlinien des Wirtschaftsministers in Stellungnahme 16/4114 zutreffend fest, das sie zwar gut seien, die Politik der Landesregierung jedoch derzeit jedoch in zentralen Politikfelder noch in die entgegengesetzte Richtung weise.

Am Thema „Breitband“ könne man sehen, dass eine Politik der großen Überschriften und der großen Zahlen verfolgt werde. Laut Sprechzettel des Ministers stehe hierfür

bis zu 1 Milliarde € zur Verfügung. Kernbestandteil seien Finanzierung und Kofinanzierung aus Finanzmitteln des Bundesprogramms. Der Anteil der Bundesförderung inklusive der Kofinanzierung des Landes belaufe sich auf 882 Millionen €. Bislang stünden Abflüsse in Höhe von 45 Millionen €, mithin 4,2 % zu verzeichnen. Zum 28. Oktober seien neun weitere Projekte im Umfang von 98 Millionen € angemeldet worden. Wenn alles inklusive Kofinanzierung funktioniere, sei man bei rund 300 Millionen € oder 35 % von 882 Millionen €. Die Nennung von Milliardenbeträgen stelle sich als Luftbuchung oder Spiel mit großen Zahlen heraus.

Der Minister kündige etwa an, um nachhaltige Gigabitnetze zu erreichen, solle der Ausbau vorrangig in Form von FTTB/FTTH-Anschlüssen umgesetzt werden. Als abschließliches FTTH-Projekt seien 189 Haushalte in Hopsten, Kreis Steinfurt, angemeldet. Die großen Worte der Ankündigung und der Strategie müssten an der Realität gemessen werden.

Zur Festlegung, bis 2018 mindestens 50 Mbit/s flächendeckend zu schaffen, weise er darauf hin, dass in den letzten Jahren im Schnitt 150.000 Haushalte hinzugekommen seien. Wenn sich diese Ausbaudynamik fortsetze, dürfe man nicht 2018, sondern müsse rechnerisch 2029 anpeilen.

Zunächst habe die Ankündigung zu den GRW-Mitteln im Bereich Breitband auf 87 Millionen € gelautet und sei dann auf 84 Millionen € korrigiert worden. Die ursprünglichen 87 Millionen € seien zunächst in der Aufsummierung der Milliardensumme enthalten gewesen und dort später entfernt worden, weil man 2010 aus diesem Topf 924.000 € aus GRW-Mitteln in Breitbandförderung umgesetzt habe. Mit den derzeit noch vorliegenden zehn Förderprojekten liege der Gesamtbetrag bei 3,2 Millionen €. Auch dies sehe er als Luftbuchung an.

Den Haushaltsplänen der letzten Jahren könne man entnehmen, dass Nordrhein-Westfalen in Sachen GRW-Mittel Barmittel des Bundes in Höhe von 159,7 Millionen € eingeplant habe. Der Abruf habe 47 Millionen € weniger betragen, die man ins nächste Haushaltsjahr übertragen könne. Der Übertrag laute jedoch nur auf 16 Millionen €. Daher wünsche er nähere Informationen zu den Gründen.

Seine Fraktion habe 13 Fragen an das Ministerium zusammengestellt, um deren schriftliche Beantwortung er bitte.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, die oftmals vom Minister erwähnte vorausschauende Wirtschaftspolitik funktioniere offenbar nicht. Weder habe er die Stagnation erkannt, noch Maßnahmen zum Gegensteuern ergriffen, wie auch der vorliegende Haushaltsentwurf offenbare. Er, Brockes, vermisse Akzente und konkrete Maßnahmen des Ministers insbesondere zur Stärkung der industriellen Basis von NRW.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) erläutert, die vom Minister erwähnten zusätzlichen 267 Millionen € gegenüber dem Vorjahr speisten sich im Wesentlichen aus Einmaleffekten wie der Frequenzversteigerung für den Breitbandausbau oder den Schwankungen des EFRE-Programms, das in seiner Höhe über den Gesamtzeitraum jedoch gedeckelt sei.

Das Volumen des Haushalts des Wirtschaftsministeriums stelle fast das geringste im gesamten Kabinett dar, sodass wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum für die Problemlösung fehle.

Hinzukomme, dass es inzwischen kaum noch landeseigene Förderprogramme gebe. Der größte Anteil entfalle auf Programme der EU und des Bundes und erfolge gemäß deren Vorgaben. Damit gehe weiterer Gestaltungsspielraum verloren. Den Piraten bereite dieser Trend Sorgen.

Die digitale Revolution habe zu einem starken Wandel der Wertschöpfungsketten geführt, wobei dieser Prozess noch nicht zu Ende sei. Abgewartet werden müsse, ob die großen Unternehmen genügend Flexibilität zeigten, um mit den Veränderungen umgehen zu können. Bei kleineren und vernetzten Unternehmen sei dies eher anzunehmen. Diese Erkenntnis lasse jedoch der vorliegende Haushaltsplan vermissen. Aus Sicht der Piraten bedürfe es einer Ausrichtung auf das Entstehen von neuen Akteuren der Kreativwirtschaft sowie auf die Start-ups und einer ausreichenden Finanzierung dieses Bereichs, wie der aktuelle „Deutsche Startup Monitor“ belege. Start-up-Experte Prof. Kollmann habe in einer Untersuchung herausgefunden, dass die Start-ups nicht mit der Politik der Landesregierung zufrieden seien. Für NRW werde lediglich die Note 3,9 vergeben. Er begrüße indes die Einrichtung eines eigenen Haushaltstitels für die Kreativ- und Digitalwirtschaft.

Menschen und Unternehmen seien auf eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur angewiesen. Daher halte er das 50-Mbit-Ziel bis 2018 für kontraproduktiv. Aus genügend Stellungnahmen von Experten gehe hervor, dass Übergangstechnologien wie Vectoring einen nachhaltigen Glasfaserausbau verhinderten. Auch die Genehmigung des Vectoringmonopols durch die Bundesnetzagentur halte er für einen Fehler, der NRW zurückwerfe. Auch könnten 50 Mbit/s nicht flächendeckend in NRW bis 2018 ausgerollt werden. Der Breitbandausbauplan erweise sich nach Auffassung seiner Fraktion als auf Sand gebaut. Auch könnten die NRW-Kommunen aufgrund der Vorgaben nicht beim Bundesprogramm punkten, wie Kritiker schon im Vorfeld vorausgesagt hätten. Am Beispiel Island könne man lernen, wie eine erfolgreiche WLAN- bzw. LTE-Versorgung in der Fläche aussehen könnte.

Seine Fraktion habe sich in der Vergangenheit für eine bessere und ergebnisoffene Evaluierung der für Förderung aufgewendeten Haushaltsmittel eingesetzt. Auch der Landesrechnungshof habe festgestellt, dass die Wirksamkeit von Fördermitteln unzureichend belegt sei. Im eigenen Interesse solle die Landesregierung für klare und transparente Prozesse sowie Kontrollen einsetzen. Für Außenstehende müsse immer klar sein, ob Akteure zu den Ministerien gehörten oder nicht. Eine klare Abgrenzung zu privaten Dienstleistern müsse erfolgen.

Beim wichtigsten Infrastrukturthema des 21. Jahrhunderts müsse sich die Landesregierung am Ergebnis messen lassen. Nordrhein-Westfalen komme beim Breitbandausbau nicht vom Fleck. Er spreche sich darüber hinaus für mehr Graswurzel und mehr Kreativität in der Förderlandschaft aus.

Frank Sundermann (SPD) erwarte mit Blick auf die Landtagswahl von der Opposition gute inhaltliche Beiträge, müsse aber feststellen, dass es sich um eine Fehlanzeige handele.

Der sozialdemokratische Bürgermeister tue viel für die Flächengemeinde Hopsten, die beim Flächenindex weit oben stehe. Er, Sundermann, lade den Abgeordneten Wüst dorthin ein, damit dieser vor Ort ein Bild gewinnen könne, was alles auf dem Land getan werde. Im Wahlkreis Borken des Abgeordneten Wüst gebe es 26 Projekte der Deutschen Glasfaser, die FTTH mache. Vieles funktioniere marktgesteuert, weshalb sich das vom Abgeordneten Wüst gezeichnete Bild deutlich relativiere.

Mit Blick auf den Vorwurf des unzureichenden Abrufs der GRW-Mittel empfehle er die Stellungnahme der Landesregierung zur Lektüre. Dann werde sich zeigen, dass Herr Wüst den Haushalt nicht ganz im Detail verstanden habe. Die Landesregierung habe für eine Erhöhung der Mittelvergabe etwa beim Länderfinanzausgleich, beim Bundesverkehrswegeplan und bei den ÖPNV-Mitteln gesorgt.

Auch bei der Bildung, die oftmals mit der Wirtschaft zusammenhänge, habe die Landesregierung für 276.000 Menschen in MINT-Studiengängen gesorgt. Sie habe das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ aufgelegt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. CDU und FDP müssten in diesem Bereich in den Haushaltsberatungen Farbe bekennen, denn sie hätten sich bislang um klare Aussagen zur Wiedereinführung von Studiengebühren und die Abschaffung des beitragsfreien Kindergartenjahrs gedrückt.

Im Übrigen habe die Landesregierung Antworten schon gegeben, bevor die Opposition ihre Fragen gestellt habe, etwa bei den industriepolitischen Leitlinien, im Landeswirtschaftsbericht oder im Bereich der digitalen Wirtschaft. Das werde sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

Reiner Priggen (GRÜNE) hebt hervor, dass derzeit zum ersten Mal die Steinkohlesubventionen nicht mehr 50 % bis 60 % des Volumens des Wirtschaftsministeriums ausmachten. Die für die Subventionen gebundenen Mittel seien seit 2007 von 600 Millionen € auf rund 171 Millionen € gesunken. Diese Entwicklung setze sich fort. Die frei werdenden Mittel könnten nun für andere Schwerpunkte verwendet werden, etwa für Mittelstandsförderung, die heute den Schwerpunkt des Haushalts bilde. Er begrüße den so entstandenen Handlungsspielraum für das Weiterführen erfolgreicher Programme und für neue Initiativen.

Mit dem vorliegenden Etat trage man den Notwendigkeiten der Digitalisierung Rechnung, etwa durch die Kofinanzierung der Bundesprogramme zur Digitalisierung, die im Übrigen keine Kleinigkeit darstelle. Für Kommunen in der Haushaltssicherung werde der komplette Anteil vom Land übernommen. „it's OWL“ werde fortgesetzt und auf andere Regionen übertragen. Die Verknüpfung von stationärem und Online-Einzelhandel werde angeschoben und mit Haushaltsmitteln hinterlegt. Es habe eine Schwerpunktsetzung im Haushalt für die Digitalisierung gegeben.

Zwei Drittel der Haushaltsmittel flössen in die Mittelstandsförderung, was man aus Sicht der Grünen fortsetzen solle.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) sagt zu, die vorliegenden Fragen der CDU-Fraktion schnell zu beantworten.

Er habe am 31. Oktober dem Ausschussvorsitzenden die Antworten auf die Fragen der CDU-Fraktion zum Thema „GRW“ übermittelt. Darin werde deutlich gemacht, wie die Unterschiede der Verpflichtungsermächtigungen und dem Barmittelansatz zusammenhängen. Man habe es mit einem fortlaufenden bzw. rollierenden System zu tun, das erlaube, im fortlaufenden Jahr Mittel zu verwenden. Der Bund habe mitgeteilt, dass drei Bundesländer Barmittel zur Verteilung an andere Bundesländer freigegeben hätten. Weiterhin hätten vier Bundesländer Verpflichtungsermächtigungen freigegeben. Nordrhein-Westfalen gehöre weder zu den einen noch zu den anderen.

Er habe am Wirtschaftskapitel des Koalitionsvertrages der Großen Koalition in Berlin mitgewirkt. Mit Blick auf die Kofinanzierung sei von vornherein eine geteilte Zuständigkeit vereinbart worden. Bund und Länder sorgten mit erheblichen Mitteln für den Erfolg der flächendeckenden Breitbandversorgung bis 2018. Nicht alle Bundesländer hätten im Übrigen so frühzeitig so weitreichende Zusagen wie NRW gegenüber ihren Kommunen gemacht. Unmittelbar nach Erscheinen des Bundesprogramms habe NRW eine klare Ansage zur Förderung gemacht und diese im Haushalt 2017 abgebildet. Er zeige sich vorbehaltlich der Kabinettsentscheidung optimistisch, dass auch die Ergänzungsmittel positiv für NRW ausfallen werde.

Nach seinen Informationen hätten sich 15 Gebietskörperschaften im Rahmen des dritten Calls mit erheblichen Volumina beworben. Daher werde sich die Dynamik bald deutlich anders als bisher darstellen. Insofern rate er der Opposition zur Zurückhaltung.

Mit Blick auf die industriepolitischen Leitlinien habe er mehrfach darauf hingewiesen, dass NRW bewusst einen anderen Weg gewählt habe. Derzeit befänden sich die überarbeiteten industriepolitischen Leitlinien in der Schlussredaktion. Ihre Vorstellung erfolge am 5. Dezember im Rahmen einer großen Konferenz. Veränderungsvorschläge seien aus allen Teilen der Wirtschaft gekommen und auch im Rahmen von Regionalkonferenzen geäußert worden. Nichts davon hätte Auswirkungen auf den Haushalt 2017, weil es sich etwa auf europäische oder darüber hinausgehende internationale Sachverhalte handele.

Der Vorstellung, Wirtschaftspolitik würde wesentlich über den Haushalt eines Landwirtschaftsministers gestaltet, müsse er eine Absage erteilen. Mehr als das Volumen der ausgegebenen Mittel spiele die Zielgenauigkeit der Ausgaben eine Rolle. Im Vorfeld der Midterm-Review des operationellen Programms gebe es Diskussionen darüber, wie man mit Blick auf Technologietransfer, enge Kooperationen von Wissenschaft und Mittelstand die Mittelvergabe mit Blick etwa auf regionale Clusterungen schärfen könne. Sein Haus stehe Ideen offen gegenüber, Förderungen unbürokratischer und passgenauer für die Interessen in Nordrhein-Westfalen zu gestalten. Beispielsweise müsse gefragt werden, ob die branchenspezifische Förderung immer noch gegenüber regionalen und branchenübergreifenden Projekten zu bevorzugen sei.

Hendrik Wüst (CDU) bringt zum Ausdruck, die GRW-Systematik sei ihm durchaus bekannt, jedoch habe er nach den Barmittelabflüssen gefragt. Wer 159 Millionen € einplane, von denen nur 112 Millionen € abgerufen würden, müsse sich fragen lassen, was mit den übrigen 47 Millionen € geschehe. Er wolle wissen, warum nicht dieser komplette Betrag, sondern nur 16 Millionen € ins nächste Haushaltsjahr übertragen würden.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) sagt eine schriftliche Antwort zu.

Vorsitzender Georg Fortmeier bittet darum, weitere Fragen rechtzeitig zu stellen, und erinnert an die nächste und abschließende Beratung des Haushalts am 23. November.